

Kurzschluss!

Offensichtlich ist die Kieler Provinzregierung in Panik geraten. Nachdem man in der HSH-Nordbank mehrere Milliarden Euro verpokert hat, will man das Geld durch Schließung der Mediziner Ausbildung in Lübeck (zu einem Bruchteil) wieder einsparen. Die Regierung lenkt von ihrer Inkompetenz in finanziellen Dingen ab - die Zeitung hat jetzt ein anderes Thema. Man will sogar zur „Kompensation“ – besser: um sein Gesicht zu wahren oder die eigene Haut zu retten - einen teuren Neubau für ein Fraunhofer-Institut errichten, wo doch bald ein Ensemble von Institutsgebäuden leer stehen wird, wenn alles nach dem Plan der Kieler Chaoten läuft. Eine weitere Kurzschlussreaktion, die uns teuer zu stehen käme. Inkompetent und inkonsequent: So eine Forschungseinrichtung hätte in einer Museumsstadt doch nichts zu suchen.

Der Wirtschaftsraum Lübeck hat sich aber, von Kiel unbemerkt, zu einem Zentrum der Wachstumsbranche Medizintechnik entwickelt, sie ist heute der ganze Stolz der Hansestadt, sie bedient einen Markt, der sogar in Zeiten der aktuellen Finanzkrise noch prosperiert. Wirtschaft und Hochschule haben sich in der Medizintechnik gegenseitig unterstützt, und sie hängen voneinander ab, die Betriebe sind auf den Katalysator Medizinische Universität angewiesen. Wenn man der medizinischen Fakultät heute den Todesstoß versetzte, würden sich kaum noch Medizintechnik-Firmen neu ansiedeln, andere werden abwandern. Um 25 Millionen Euro im Jahr einzusparen, gingen auf der Einnahmeseite 100 Millionen Euro verloren.

Und dann die Kollateralschäden: Viele in Lübeck errichtete Gebäude der Universität würden zu Bauruinen, die Infrastruktur ginge verloren, der halbe Hochschulstadtteil stünde leer. Vieles, was man hier an Werten preisgeben will, müsste man in Kiel wieder neu aufbauen, die Umzüge vieler Beamter durch etliche Millionen Euro unterstützen und Zigmillionen Euro Bundeszuschüsse zurückzahlen! Der Imageverlust für Lübeck käme vielleicht Kiel zugute und würde von der Landesregierung gerne verschmerzt, aber nicht von uns Lübeckern.

Das ist wieder einmal so ein Behördenstreich. Ein Wirtschaftsunternehmen würde bei einer solchen Strategie nicht lange überleben. Wer in schwierigen Zeiten die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten einstellt, kommt vielleicht in den nächsten zwei Jahren besser über die Runden, aber er verschiebt nur die Probleme in die Zukunft, dann kann man nämlich im Wettbewerb nicht mehr mithalten. Unser Vorschlag zur Konsolidierung des Haushalts und zur Förderung der Wirtschaft in Schleswig-Holstein: Die Herren de Jager und Carstensen werden abgesetzt, und das Ruder wird Leuten überlassen, die etwas von Wirtschaft und Finanzen verstehen. Carstensen wird auf seinen Hof zurückgeschickt und de Jager in die Wüste, aber nicht hunderte ehrbarer verdienter Wissenschaftler und akademischer Lehrer.

Mit der Todesdrohung hat der Ministerpräsident bis kurz nach der Landtagswahl gewartet, aber vorher immer die Unterstützung der Lübecker Universität versprochen. Durch eine einzige Stimme Mehrheit im Landesparlament legitimiert, will er jetzt mit einem Federstrich diese bedeutende Universität zunichte machen, die in Jahrzehnten entstanden ist. Das ist ein Missbrauch der Demokratie, Herr Carstensen! Drehen Sie das Rad zurück und warten Sie wenigstens so lange, bis Sie eine anständige Mehrheit im Landtag hinter sich haben. Wahren Sie Ihr Gesicht, geben Sie dem Wirtschaftsminister alle Schuld und schicken Sie ihn in den Ruhestand – aber nicht hunderte intelligenter Hochschulprofessoren. Die Universität Lübeck ist für uns systemrelevanter als Ihre HSH-Nordbank.

Wenn die Demokratie in Deutschland richtig funktioniert, wird es nicht soweit kommen. Gerade heute, wo Mediziner so dringend gesucht werden, wäre es eine Dummheit, einen medizinischen Studiengang zu schließen. Vielleicht wird man endlich einmal die Idee aufgreifen, einen Nordstaat zu gründen, mit Lübeck als Hauptstadt: Dann könnte Kiel froh sein, wenn es das Attentat nicht mit gleicher Münze heimgezahlt bekommt. Der Nordstaat von Flensburg bis Greifswald, aber natürlich ohne Hamburg, weil sonst die Universitäten Lübecks und Kiels vielleicht beide zügig geschlossen würden.

Lübeck, 21. Juni 2010



Dr. med. Winfried Stöcker  
Vorsitzender des Vorstandes  
EUROIMMUN AG